

## **Das Bochumer Friedensplenum zum 60. Jahrestag des 1. Atombombenabwurfs:**

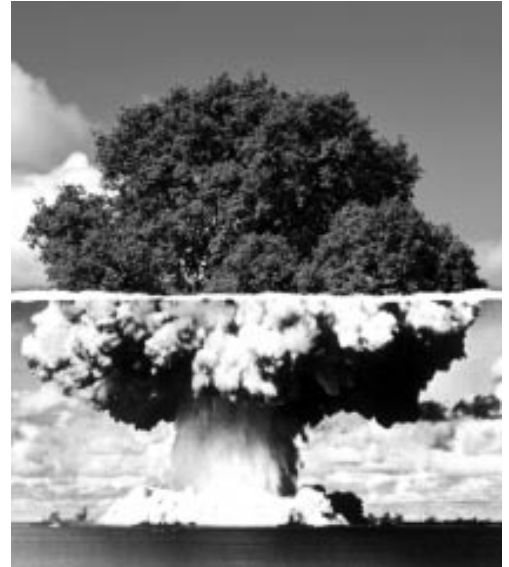
### **Hiroshima mahnt: Atomwaffen verschrotten!**

Heute vor 60 Jahren wurde die japanische Stadt Hiroshima durch eine Atombombe fast vollständig ausgelöscht. Am Tag des Abwurfs starben 45.000 Menschen an den Folgen der Druck- und Hitzewelle, 90.000 fanden in den folgenden Monaten einen qualvollen Tod durch die nukleare Strahlung. Bis heute sterben Menschen an den Folgen der Bombe. Sie sind Opfer des Zweiten Weltkrieges, den neben Deutschland auch Japan zu verantworten hat.

Mit den erschreckenden Bildern aus dem verwüsteten Hiroshima will das Bochumer Friedensplenum auch daran erinnern, dass die atomare Bedrohung immer noch nicht beendet ist.

Noch immer sind US-Atomwaffen in Deutschland stationiert. Deutschland ist mehr als 15 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch nicht atomwaffenfrei. Etwa 150 Atomsprengköpfe befinden sich auf dem Fliegerhorst Büchel bzw. auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein. 60 dieser Waffen, von denen jede bis zur 6-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe hat, würden im Kriegsfall von Bundeswehrpiloten ins Ziel gebracht. Die technische und politische

Beteiligung des Nicht-Atomwaffenstaates Deutschland an der nuklearen Strategie- und Einsatzplanung der NATO wird als »nukleare Teilhabe« bezeichnet.



### **Nukleare Teilhabe ist völkerrechtswidrig**

Die Bundesrepublik Deutschland hat – wie fast alle anderen Staaten der Welt – freiwillig auf Atomwaffen verzichtet. Seit dem Beitritt zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV, auch Atomwaffensperrvertrag genannt) im Mai 1975 ist Deutschland wie jeder Nicht-Atomwaffenstaat verpflichtet, »Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen« (Art. II NVV). Im so genannten 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 hat Deutschland den völkerrechtlich wirksamen Verzicht »auf die Herstellung und den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie« bekräftigt und erklärt, »dass auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird«. Daraus folgt, dass die nukleare Teilhabe Deutschlands, durch die im Kriegsfall deutsche Soldaten die Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten, dem Völkerrecht widerspricht.

**Das Bochumer Friedensplenum begrüßt es, dass die Bochumer Oberbürgermeisterin den internationalen Aufruf "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) unterzeichnet hat. Die Kampagne setzt sich dafür ein, dass die Welt bis zum Jahr 2020 atomwaffenfrei sein soll. In der Erklärung der deutschen BürgermeisterInnen, den Ottilie Scholz unterzeichnet hat, heißt es u.a., dass die deutsche Regierung aufgefordert wird, sich "für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Verbot und zur Abschaffung von nuklearen Waffen und Material aktiv einzusetzen, Verhandlungen über den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden zu beginnen und die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben." In der Selbstverpflichtung heißt es weiter: "Ich werde diese Anliegen so lange verfolgen, bis die Atomwaffengefahr von unseren Bürgerinnen und Bürgern genommen ist."**

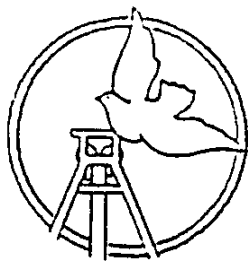
# Vorrang für Abrüstung

Viel ist zur Zeit von den Gefahren der Weiterverbreitung von Atomwaffen in Länder wie Nordkorea oder den Iran zu hören. In diesem Punkt ist Deutschland sehr engagiert, durch Geheimdiplomatie mit Nordkorea ebenso wie bei den Gesprächen der »EU-3« mit Iran. Das ist loblich – aber nicht genug. Glaubwürdig sind solche Initiativen nur dann, wenn Deutschland selbst seine völkerrechtlichen Vertragsverpflichtungen einhält. Deshalb ist die Bundesregierung gefordert, in einer friedenspolitischen Koalition der Willigen Initiativen zur vollständigen Abrüstung sämtlicher Atomwaffen zu ergreifen und erfolgreiche Verhandlungen über ein generelles Verbot von Atomwaffen zu fördern. Dazu ist Deutschland durch Artikel VI des NVV auch völkerrechtlich verpflichtet. Als ersten Schritt in die atomwaffenfreie Welt muss Deutschland umgehend den Abzug sämtlicher US-Atomwaffen von deutschem Boden veranlassen und die nukleare Teilhabe beenden.

## Für eine atomwaffenfreie Welt

Solange Atomwaffen existieren, kann weder ihre Weiterverbreitung noch ein absichtlicher oder versehentlicher Einsatz wirksam verhindert werden. Ein deutscher Beitrag für eine atomwaffenfreie Welt ist daher von höchster Bedeutung. Das Bochumer Friedensplenum fordert die Bundesregierung auf, den lang dauernden Verstoß gegen das Völkerrecht zu beenden und

- als ersten Schritt in die atomwaffenfreie Welt umgehend die Bereitstellung deutscher Piloten und Flugzeuge für einen möglichen Atomwaffeneinsatz zurückzunehmen;
- die politische Mitwirkung an der Planung eines möglichen Atomwaffeneinsatzes der NATO zu beenden;
- den endgültigen und vollständigen Abzug sämtlicher US-Atomwaffen aus Ramstein und Büchel zu veranlassen;
- gemäß den Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag Initiativen zur vollständigen Abrüstung sämtlicher Atomwaffen zu ergreifen und die Aufnahme von Verhandlungen über ein generelles Verbot von Atomwaffen zu fördern.



### Das Bochumer Friedensplenum

ist ein Zusammenschluss von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen, die sich gemeinsam für Abrüstung und Frieden einsetzen. Normalerweise trifft sich das Friedensplenum jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, um zu diskutieren und Aktivitäten zu planen.

Zur Zeit finden die Treffen des Bochumer Friedensplenums allerdings wöchentlich mittwochs statt. Die Bundeswehr will vom 8. - 11. September 2005 in Bochum ein riesiges Militärspektakel auf dem Kirmesplatz an der Castroper Straße durchführen, um das 50-jährige Bestehen der Bundeswehr zu feiern.

Das Bochumer Friedensplenum ist der Überzeugung: **Militarismus ist in einer zivilisierten Gesellschaft kein Grund zum Feiern!** Zusammen mit anderen Initiativen und Organisationen auch aus den Nachbarstädten werden Proteste und Alternativveranstaltungen organisiert. Alle Interessierten sind eingeladen, sich zu beteiligen. Nähere Informationen gibt es z. B. auch im Internet unter der Adresse: <http://www.bo-alternativ.de/friedensplenum/index.html>

Hier ist können sich Interessierte in eine Mailingliste eintragen.